

Protokoll:	Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	109
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	489/2018
		GZ:	JB
Sitzungstermin:	23.07.2018		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Fezer		
Berichterstattung:	-		
Protokollführung:	Frau Kappallo / pö		
Betreff:	Personalgewinnung und -erhaltung pädagogischer Fachkräfte - trägerübergreifendes Konzept		

Vorgang: Jugendhilfeausschuss vom 16.07.2018, öffentlich, Nr. 76
 Verwaltungsausschuss vom 18.07.2018, öffentlich, Nr. 285
 jeweiliges Ergebnis: Zurückstellung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Jugend und Bildung vom 17.07.2018, GRDRs 489/2018, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Umsetzung der Sofortmaßnahmen zur Personalgewinnung entsprechend Ziffer 2 der Begründung wird zugestimmt.
2. Das Jugendamt wird ermächtigt, ab sofort bis 31.12.2019 Personal außerhalb des Stellenplans im Umfang von 0,5 VZK (EG 9a) für die Verwaltung der Personalzimmer (Ziff. 2.3) sowie 0,5 VZK (EG 10) für die Intensivierung der Auslandspersonalgewinnung (Ziff. 2.2.2) zu beschäftigen.

Die bis 31.12.2018 beschlossene Ermächtigung zur Beschäftigung von Personal im Umfang von 2,25 VZK (GRDRs 91/2017) wird bis 31.12.2019 verlängert. Über eine Stellenschaffung wird im Rahmen des Stellenplanverfahrens 2020/2021 entschieden. Der entsprechende Personalaufwand ist im Teilhaushalt 510, Jugendamt, bereits finanziert.

3. Den überplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen sowie deren Deckung wird, wie im Kapitel "Finanzielle Auswirkungen" im Detail dargestellt, zugestimmt:

2018:	3.496.000 €
2019:	3.708.200 €

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Der Antrag Nr. 227/2018 vom 20.07.2018 der Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die Vorsitzende führt in das Thema Personalgewinnung und -erhaltung ein und erörtert, wie das dringende Problem des Personalnotstands in den Kitas der Landeshauptstadt Stuttgart angegangen werde. Zwei Aspekte zahlreicher Maßnahmen seien aufgegriffen worden. Ein Vorschlag sei, die PiA-Stellen bei den nichtstädtischen Trägern künftig nicht mehr auf die Personalausstattung anzurechnen. Damit werde die Attraktivität bei den nichtstädtischen Trägern, PiA-Stellen zu schaffen, erhöht und somit auch die Kapazität. Ein weiterer Vorschlag basiere auf der Finanzierung, die Kosten unterjährig, vor den nächsten Haushaltsplanberatungen, aus dem geplanten Förderbudget zu entnehmen. Allerdings müsse festgestellt werden, dieser Baustein sei eine von vielerlei Maßnahmen, die Personalsituation in den Kitas zu verbessern.

StRin Ripsam (CDU) lobt die Ansätze, Personal für die trägerübergreifenden Kitas zu gewinnen. Als zielführend bezeichnet die Stadträtin den Ausbau der Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus dem europäischen Ausland. Sie begrüßt, dass bei dieser Zielgruppe die Quote der Rückkehrer/-innen niedriger als die Regelfluktuationsquote sei. Damit einhergehend favorisiert sie den Ausbau an Personalzimmern für die ausländischen Fachkräfte. Zur Ziffer 3 des Antrags Nr. 34/2018 "Kindertagesbetreuung - Personalnot und die (Nicht)nutzung von Räumlichkeiten" der CDU-Gemeinderatsfraktion stellt StRin Ripsam fest, das Gesamtkonzept liege mit dieser Vorlage noch nicht vor, somit sei der Antrag von der Verwaltung noch nicht abgearbeitet worden.

Die Vorsitzende bittet darum, für heute die Anträge als erledigt zu erklären. Dies lehnt StRin Ripsam ab. Die Ziffern 1a und 1b seien nicht beantwortet. Ziffer 1a: An welchen Standorten in den einzelnen Bezirken Räume nicht "bespielt" werden, Ziffer 1b: Wie viele Plätze am jeweiligen Standort nicht belegt sind und wie viele Fachkräfte jeweils fehlen.

Hierzu bemerkt die Vorsitzende, diese beiden Fragen werde als Aufgabe des Monitorings verstanden. Im Zuge der Berichterstattung solle über die Ergebnisse des Monitorings, das aktuell eingerichtet werde, informiert werden. Die Fachverwaltung benötige ca. ein halbes Jahr, um diese Ergebnisse zu ermitteln.

Auf eine erneute Anmerkung von StRin Ripsam zu Ziffer 1a des Antrags äußert die Vorsitzende, zu den leerstehenden städtischen Räumlichkeiten könne die Verwaltung Auskunft geben. BMin Fezer sagt zu, die weiteren Vorschläge des Fachamts in den nächsten Haushaltsplanberatungen zu beraten. Vorher sei das leider ohne Mitzeichnung nicht möglich. Zu Ziffer 2 des Antrags regt StRin Ripsam an, auf Stadtbezirksebe-

ne sollte die vorgeschlagene Personalsuche mit einer örtlichen Werbekampagne gezielt angegangen werden; wie z. B. die Ansprache auf Stadtteilstellen. Diesem Vorgehen schließt sich Herr Schulze-Gronemeyer an. Herr Korn (JugA) verspricht, diesen Vorschlag aufzugreifen. Gezielt würden bereits einzelne Einrichtungen über den Stadtteil hinaus beworben.

Insgesamt kündigen StRin Ripsam, StRin Vowinkel (SPD), StR Walter (SÖS-LINKE-PluS) und StR Lazaridis (90/GRÜNE) ihre Zustimmung zur Vorlage an. Den Antrag Nr. 195/2018 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN "Eine Ausbildungsinitiative im Kitabereich starten - weitere Fachkräfte gewinnen" erörtert StR Lazaridis. Die fiskalische Unterstützung bei den PiA-Ausbildungen sieht er als richtige Maßnahme an, mit rund 3,27 Mio. € die Nichtanrechnung von PiA-Auszubildenden zu finanzieren. Zum Fachkräfteschlüssel merkt der Stadtrat wie bereits seine Vorrednerin an, dieser verschlechtere sich durch die Anrechnung von 25 %, da förderfähige Vollzeitstellen ausschließlich mit 75 % besetzt werden könnten.

Hierzu unterrichtet Herr Korn, wenn eine kleine Einrichtung voll besetzt sei, biete diese keine PiA-Ausbildung an, da für die 25 % des Gehalts keine Bezuschussung vorgenommen werde. Wenn eine Fachkraft dieser Einrichtung die Kita verlasse, könne ausschließlich eine Fachkraft zu 75 % eingestellt werden, um die volle Bezuschussung zu erhalten. Deshalb habe die Fachverwaltung großes Interesse, die Förderung einer PiA-Stelle nicht anzurechnen. Durch den KVJS (Kommunalverband für Jugend und Soziales) gebe es eine weitere Nichtanrechnung von 40 %. Wenn in einer Einrichtung mit vier Fachkräften eine Stelle nicht besetzt werde, aber eine PiA-Stelle vorhanden sei, könne beim KVJS angegeben werden, dass eine Fachkraft zu 40 % vorhanden ist, ergänzt Herr Korn.

Im weiteren Verlauf stellt sich StR Lazaridis hinter die Forderung von SÖS-LINKE-PluS, die Eingruppierung der ausgebildeten PiA-Fachkräfte direkt nach der Ausbildung in Stufe 2 vorzunehmen. Eine Bitte richtet StR Lazaridis an StR Walter, bezogen auf den Antrag Nr. 227/2018 von SÖS-LINKE-PluS, dieses Thema nach der Sommerpause aufzugreifen, damit sich in den Fraktionen beraten werden könne. Großes Interesse kündigt er gegenüber einem Monitoring bei den städtischen und freien Trägern hinsichtlich der durchgeführten Maßnahmen an.

Dieses Interesse teilen auch StRin von Stein (FW) und Herr Schulze-Gronemeyer. Sobald habhafte Ergebnisse vorlägen, werde dazu berichtet, so die Vorsitzende.

Bezogen auf den gemeinsamen Antrag Nr. 74/2018 von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßt StRin Vowinkel diese Sofortmaßnahmen außerhalb der Haushaltsplanberatungen. Mit einer gezielten Ansprache der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der Möglichkeit aufzustocken - neben einer gezielten Werbung in den Stadtbezirken - verspricht sich diese Stadträtin viel. Allerdings kritisiere sie, dass die Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger im Umland in höhere Stufen als im Stadtgebiet eingruppiert würden. Zudem, meint StRin Vowinkel, müssten Personalwohnungen für ausländische Fachkräfte zur Verfügung stehen und nicht wie bisher städtische Grundstücke verkauft werden, auf denen Personalwohnungen gebaut werden könnten.

Die Vorsitzende bemerkt, bei allen Maßnahmen, die infrage kommen, sei keine Maßnahme für sich geeignet, den "Befreiungsschlag" zu erwirken. Jede einzelne Maßnahme werde ein Baustein sein.

Zu Ziffer 1.2 der Vorlage "trägerübergreifende gemeinsame Aktivitäten" bemerkt StRin Vowinkel, sie hoffe, dass die genannten konstruktiven Austauschrunden zwischen der Verwaltung und den Kita-Trägerverbänden auf Augenhöhe stattfinden und dass an einem Strang gezogen werde. Die Abstimmung mit den Trägern, so die Vorsitzende, finde intensiv in regem Austausch statt. Hinsichtlich einer Anwerbung von Fachkräften gehe es um die Anspruchserfüllung, die an die Stadt gestellt werde. Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz bei einem freien Träger erhalte, habe eine Erfüllung des Anspruchs zur Folge. Eine noch engere Zusammenarbeit mit den Trägern sei angestrebt, was nichts daran ändere, dass das Jugendamt die Pflicht habe, Impulse zu setzen.

Zu der Anleitungspauschale bemerkt die Vorsitzende, diese sei bei den freien Trägern im Gegensatz zum städtischen Träger bereits realisiert worden. Es gehe in dieser Angelegenheit auch um die Motivation und die Ausbildungskapazitäten in den städtischen Kitas. Da eine Mitzeichnung dazu unterjährig nicht erreicht werden konnte, sollte das Thema in den nächsten Haushaltsplanberatungen aufgegriffen werden. Auf eine Frage von StRin Ripsam nach möglichen Nachteilen für den städtischen Träger antwortet Herr Korn, die Beschlüsse hierzu liefen zum 31.12.2018 aus. Beabsichtigt sei, die Anleitungspauschale um ein Jahr zu verlängern.

StR Walter ist der gleichen Meinung wie Herr Agster (JugA), dass von dem Überschuss im städtischen Haushalt ein Teil in Personalgewinnungsmaßnahmen investiert werden sollte. Allerdings, betont StR Walter, müsse gezielt auf den Ausbau der Gewinnung von pädagogischen Fachkräften aus dem europäischen Ausland gesetzt werden, da der Markt in Stuttgart leergefegt sei. Hinsichtlich einer Beratung des vorliegenden Antrags Nr. 227/2018 teilt StR Walter seine Zustimmung mit, diesen nach der Sommerpause aufzugreifen. Der Hinweis, der im Antrag aufgenommen worden ist, dass im Umland die Fachkräfte nach Beendigung ihrer Ausbildung direkt in Stufe 2 übernommen würden, stamme aus der Belegschaft des Jugendamts. Der von StRin Vowinkel genannten Maßnahme, den Ausbau von Personalzimmern zu forcieren, schließt er sich ausdrücklich an. Zu der Einstufung teilt Frau Dr. Heynen (JugA) mit, dass es Kommunen gebe, die direkt in die Stufe 2 einstufen würden. Sie habe von Absolventen gehört, die in den Landkreisen wohnten, dass diese aufgrund dessen vorzugsweise im Umland die Arbeit aufnahmen.

Zu der Übernahme der Erzieherinnen/Erzieher in die Stufe 2 und zu den Ausbildungskapazitäten unterrichten Frau Dr. Heynen und Herr Korn. Die Einstufung in die Stufe 2 werde von der Fachverwaltung ausdrücklich begrüßt, unterrichtet die Vorsitzende. Zu den Personalzimmern informiert Herr Korn, hierbei handle es sich um städtische Wohnungen, die das Amt für Liegenschaften und Wohnen schlecht vermitteln könne. Diese werden vom Jugendamt angemietet und untervermietet. Die Personalzimmer stellten ausschließlich eine Starthilfe dar. Nach eineinhalb Jahren müssten die Zimmer aufgegeben werden. Ausländische Fachkräfte würden nach dieser Zeit über ihr soziales Netzwerk im Kindergarten entsprechende Bleiben finden, ergänzt Herr Korn.

StRin von Stein und StR Klingler (BZS23) kündigen ihre Zustimmung zu der Vorlage im Verwaltungsausschuss an. Anschließend erkundigt sich StRin von Stein nach der Anzahl von PiA-Absolventen, die vom Umland "abgeworben" worden seien. StR Klingler kritisiert das späte Erscheinen der Vorlage. Ihn interessiert u. a. der Rücklauf aus Werbekampagnen, wie die Werbung auf Stadtbahnzügen sowie auf den Sattelschleppern, wobei er allerdings feststellt, dass die Messbarkeit des Erfolgs bei diesen Maßnahmen schwierig sei. Weswegen er sich auch für gezielte Aktionen im Stadtbezirk ausspricht.

Im weiteren Verlauf unterrichtet er, dass er den Antrag von SÖS-LINKE-PluS nachvollziehen könne.

Unstrittig ist für Herrn Biermann, dass die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern einen zentralen Weg darstellt, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Insofern könne er die in der Vorlage genannten Maßnahmen unterstützen. Wie bereits einige Vorredner erwähnten, sieht auch Herr Biermann, dass die Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen, um der Herausforderung mit dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gerecht zu werden. Hinsichtlich des Personalmangels müssten weiterhin deutliche Anstrengungen, wie die Ansprache im Stadtbezirk oder die "Rentnerinnen-Rekrutierung" unternommen werden. Zu den unter Ziffer 3 der Vorlage genannten Personalgewinnungsmaßnahmen spricht sich Herr Biermann für eine finanzielle Besserstellung bei den Förderbedingungen der freien Träger aus. Spätestens im nächsten Doppelhaushalt sollten die Förderbedingungen die Finanzsituation der freien Träger verbessern.

Die Überprüfung der Förderbedingungen könne in 2019, vor den nächsten Haushaltsplanberatungen, stattfinden, informiert die Vorsitzende. Insgesamt, so Herr Biermann, hoffe er, dass bis zum Herbst trägerübergreifende gemeinsame Aktivitäten verabschiedet und angegangen werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den freien Trägern finde statt, ergänzt Frau Dr. Heynen. Es herrsche ein virulentes gemeinsames Interesse, Ideen weiterzuentwickeln und umzusetzen, wie mehr Menschen für die pädagogische Arbeit in den Kitas gewonnen werden können. Es gebe eine Vorlage mit weiteren Ideen, an der ständig weitergearbeitet werde.

Herr Kelle richtet eine Ergänzung an StRin Vowinkel. Bei Ziffer 1.2 der Vorlage sei der zweite Abschnitt der entscheidendere für ihn. Bei allen Bemühungen sei entscheidend, dass die Fachschulen genügend Personal ausbildeten. Zunächst sei es so, wie StRin Ripsam geschildert habe, dass sich der Fachkräfteschlüssel verschlechtere. Aufgrund dessen müsse nachgebessert werden.

Im weiteren Verlauf stellt StR Lazaridis eine Frage nach der Ausbildungsoffensive in Kooperation mit dem Land. Zu der Entwicklung an den Fachschulen sei die Frage nach weiteren Kapazitäten den Vertretern der Fachschulen gestellt worden, unterrichtet Herr Korn. Diese bemerkten, bislang werde kein Engpass bei der Ausbildung gesehen. Wenn diese Situation eintreten würde, müsste auf das Land zugegangen werden, fügt Herr Korn hinzu.

Herr Wohlfahrt kritisiert die Betreuungssituation von Kindern hinsichtlich der Bedarfsermittlung. Als Gesamtelternbeirat erinnert er an das vergangene Motto, "die Attraktivität für Stuttgarts Erzieherinnen/Erzieher zu erhöhen", was mit einer Forderung nach einem Zuschlag von 300 € einhergegangen sei. In diesem Zusammenhang fragt er nach, ob die Erzieherinnen/Erzieher der freien Träger auch in den Genuss eines Jobtickets wie die städtischen Erzieherinnen/Erzieher kämen. Grundsätzlich müsste die Zufriedenheit bei den Erzieherinnen/Erziehern überprüft werden, um die Fluktuation im Rahmen zu halten. Er habe den Eindruck, die Stadtverwaltung laufe dem Bedarf hinterher.

"Es wird alles getan, was möglich ist", äußert hingegen Herr Schulze-Gronemeyer. Der Ausbau bei den Fachkräften sei für ihn der wichtigste Punkt bei dem Personalgewinnungskonzept. Die Rahmenbedingungen könnten nicht auf die Schnelle verändert werden, stellt er fest. Im weiteren Verlauf bedankt er sich bei der Vorsitzenden für ihre Hartnäckigkeit, das Thema regelmäßig auf die Tagesordnung zu bekommen. Hinsicht-

lich des Antrags von SÖS-LINKE-PluS könne er als kirchlicher Vertreter nicht direkt für die Stufe 2 plädieren, besonders unter dem Gesichtspunkt, dass womöglich die Träger das Personal untereinander abwerben würden. Zu der Anwerbung ausländischer Fachkräfte gibt Herr Schulze-Gronemeyer zu bedenken, dass für diese Erzieherinnen/Erzieher neben Wohnraum eine Betreuung geschaffen werden müsse, damit sich diese im Sozialraum zurechtfinden.

Auf eine Frage von StR Klingler zu der Ausbildungsoffensive "Stuttgart von Beruf", ob diese spezifisch in Kitas zur Anwendung kommen könnte, sagt die Vorsitzende eine Prüfung zu.

Herr Agster weist darauf hin, wenn eine Reihe der Maßnahmen erst im nächsten Doppelhaushalt beschlossen werden, diese frühestens 2020/2021 zum Tragen kämen. Diese Situation bedauert er ausdrücklich. Wie bereits einige Vorredner bemängelt der Personalratsvorsitzende des Jugendamts die Abwanderung von ausgebildeten PiA-Absolventinnen/Absolventen ins Umland. Bei der Landeshauptstadt Stuttgart müsse mit einem Direkteinstieg in die Stufe 2 nachgebessert werden. Zudem müsste die Einstufung bei den Kinderpflegerinnen/Kinderpflegern überprüft werden, nachdem diese Stellen kaum noch besetzt werden könnten. Er könne bei einem städtischen Überschuss von 373 Mio. € nicht nachvollziehen, warum 10 Mio. € nicht im Kampf gegen den Fachkräftemangel eingesetzt werden.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 489/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Jugendamt (27)
weg. VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-KB
 3. S/OB
 4. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 5. GPR (2)
 6. Stadtkämmerei (2)
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. Gruppierung FDP
 7. Gruppierung BZS23
 8. Die STAdTISTEN
 9. AfD
 10. LKR